

Muss die Gütermenge in der Marktwirtschaft/ im Kapitalismus wachsen?

Protokoll der Diskussion im AK Grundlagen am 19.5.2015 (Jochen Schemel)

Die beiden Referenten stimmen darin überein, dass es einen Kapitalismus ohne Wachstum geben kann, wobei Raul einschränkt, das sei nur rein logisch möglich. Praktisch sei Kapitalismus mit Wachstum untrennbar verbunden. Das sei empirisch belegt. Dem Hinweis, dass es bisher noch nicht gelungen ist, politisch eine Wachstumsbegrenzung durchzusetzen, widerspricht niemand. Im Gegenteil: heute redet jede Regierung davon, das Wachstum müsse gesteigert werden, um die Beschäftigung zu sichern und den Wohlstand zu erhöhen. Der absehbare Verbrauch der natürlichen Lebensgrundlagen findet in der realen Politik kaum Beachtung. Es geht in dieser Diskussion also nicht um die Beschreibung des Bestehenden, sondern um Möglichkeiten der Zukunft.

Die Diskussion bezieht sich vorwiegend auf Rauls Thesen. Es wird darauf hingewiesen, dass Raul nicht zwischen betriebswirtschaftlicher und volkswirtschaftlicher Ebene unterschieden habe. Auch wenn es dem einzelnen Unternehmen allein auf Gewinnmaximierung ankomme, so können in einer sozial und ökologisch gebändigten Marktwirtschaft Gesetze erlassen werden, die einen verbindlichen Rahmen (soziale und ökologische Rücksichten) vorgeben, innerhalb dessen das Unternehmen im Wettbewerb mit anderen Unternehmen seine Gewinne maximiert.

Es sei sogar auf betrieblicher Ebene nicht zwingend, die Gewinne zu maximieren. Es gebe auch Unternehmen, denen es allein um Bestandssicherung geht, wo also die nicht konsumierten Gewinne in die Erhaltungs- und Erneuerung der Gebäude und Maschinen investiert werden, um wettbewerbsfähig zu bleiben, wo aber nicht die Erweiterung des Produktionsapparates angestrebt wird. Allerdings gebe es auch (und das sei meist der Fall) betriebswirtschaftliche Situationen, in denen sich das Einzelunternehmen vor die Wahl gestellt sieht: wachse oder weiche!

Der Kapitalismus sei durch harten Wettbewerb zwischen den Unternehmen gekennzeichnet. Der Ökonom Josef Schumpeter hat von „schöpferischer Zerstörung“ gesprochen, wenn Unternehmen von anderen verdrängt werden. Das aber müsse nicht volkswirtschaftliches BIP-Wachstum nach sich ziehen. Wir Konsumenten (die Art unserer Nachfrage) spielen eine entscheidende Rolle dabei, welche Unternehmen sich am Markt halten und durchsetzen. Wenn es Unternehmen sind, die Bedürfnisse der Kunden mit weniger Ressourceneinsatz erfüllen als andere (hier kann der Staat nachhelfen, indem er den Ressourcenverbrauch steuerlich „bestraft“), können sie überleben und wachsen.

Zwar seien die menschlichen Bedürfnisse aus der Sicht einzelner Menschen grenzenlos. Das bedeute jedoch nicht, dass die Gemeinschaft (in Gestalt des Staates) bestimmten Bedürfnissen ihrer Mitglieder keine Grenzen setzen dürfen (siehe Rauchverbote, Geschwindigkeitsbegrenzungen etc.).

Entscheidend sei der Unterschied zwischen einer neoliberalen Marktwirtschaft (also einer Wirtschaftsweise, in der sich die Unternehmer allein den Mechanismen des Marktes anpassen) und einer sozial-ökologisch gelenkten Marktwirtschaft. Letztere könne (siehe Thesen von Uli) das in BIP gemessene Wachstum des Ressourcenverbrauchs regulieren und reduzieren. Schwer sei es jedoch, diese Wachstumsbegrenzung politisch auf eine Weise zu steuern, dass keine Einbrüche in den Arbeitsmarkt die Folge sind.

Die Steuerpolitik (gegen zu ungleiche Verteilung von Arbeitszeit und Einkommen) in Kombination mit Anreizen, Ver- und Geboten zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen seien hinreichende Instrumente, deren Anwendung begleitet sein muss von zivilgesellschaftlich getragener Propagierung eines die Ressourcen schonenden Lebensstils: Ablehnung von Statussymbolen, die sich vom Konsum herleiten.

Das größte Hindernis im Kampf um eine Wirtschaft des Null-Wachstums oder sogar des Minus-Wachstums einer Volkswirtschaft sei der globale Standortwettbewerb. Wenn in einem Wirtschaftsraum wie Deutschland sozial und ökologisch sinnvolle Gesetze erlassen werden, die global agierende Unternehmen deutlich mehr belasten als Unternehmen in Wirtschaftsräumen mit unternehmerfreundlicher (sozial und ökologisch rücksichtloser) Gesetzeslage, dann sind die „guten Unternehmen“ im Wettbewerb unter Umständen so stark benachteiligt, dass sie aus dem Markt gedrängt werden.

Daraus folge, dass die Wirtschaftsräume groß genug sein müssen, um den Unternehmen die Bedingungen für ihren Handel mit Gütern und Dienstleistungen, der die Grenzen des politisch regulierbaren Raumes überschreitet, vorgeben zu können. Es sei möglich, den globalen Standortwettbewerb, auf dem die Macht der Konzerne beruht, politisch zu zähmen, zum Beispiel durch einen Zusammenschluss der (bisher noch) im Standortwettbewerb liegenden europäischen Staaten zu einem gemeinsamen Wirtschaftsraum („Großregion Europa“). Solche Großregionen kann und sollte es weltweit geben. Sie können miteinander Handel treiben, allerdings einen politisch gesteuerten Handel, bei dem jede Großregion auf ihren Vorteil achtet und jeder anderen Großregion zugesteht, dass sie ihre Wirtschaft nach eigenem politischen Willen gestaltet.